

## Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

39. Woche für die Zeit vom 24. bis 30. September 1898.

Posen, 3. Oktober 1898.

### Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 218 des Dziennik Kujawski  
vom 24. September 1898:

#### Internationaler Aerzte-Kongress in Paris.

Der Hofrath, Professor Dr. Korczynski in Krakau erhielt vom Präsidium des Komitees des XIII. internationalen Aerzte-Kongresses in Paris eine Aufforderung zur Bildung eines polnischen Komitees. — Die Aerzte-Sektion des Vereins der Freunde der Wissenschaften in Posen wählte auf Anregung des Prof. Korczynski in der Sitzung am 16. d. Mts. als Delegirte für dieses Komitee nachstehende Herren: Sanitätsrath Dr. Franz Chlapowski, Dr. Heliodor Swiencicki und Dr. Arthur Jaruntowski.

Aus Nr. 219 des Kuryer Poznański  
vom 25. September 1898:

Der Text des Telegramms des Kaisers Franz Josef an den Hochwürdigsten Herrn Erzbischof lautet etwas anders, als wir ihn gestern mittheilten:

„An den Hochwürdigsten Herrn Erzbischof von Gnesen und Posen Florian v. Stabilewski  
in

Posen.

Mit gerührtem Herzen danke ich für das hl. Mesopfer, welches in christlicher Liebe dem Seelenheile der theuersten Todten und meinem Troste geweiht war.

Franz Josef.“

Aus Nr. 217 des Goniec Wielkopolski  
vom 23. September 1898:

#### Die russisch-deutsche Freundschaft.

Die am Waterloo-Denkmal in Hannover von dem deutschen Kaiser gehaltene Rede hat die übrigens niemals aufrichtige russisch-deutsche Freundschaft noch mehr abgekühlt. Das russische Blatt Nowoje Wremia bezeichnet sie als den Inbegriff des politischen Programms Deutschlands, welches im Prinzip der menschenfreundlichen Politik des Zaren Nikolaus II. geradezu zuwiderläuft. Die Nowosti nennen sie einen falschen Afford in dem so schönen und friedlichen Chore, den die Welt nach der vom

Zaren in Vorschlag gebrachten Friedenskonferenz genommen hat. Der dem panslawistischen General gehörende Swjet beweist, daß die beiden Ereignisse, nämlich die Rede Kaiser Wilhelms und die Friedenskonferenz gezeigt haben, daß die slavische Welt bei Weitem höher als die germanische dasteht. „Die slavische Welt“, schreibt der Swjet, „ist von dem Gefühl des Friedens und der Gerechtigkeit durchdrungen, die deutsche dagegen erblickt in dem Kasernenleben den Beruf des Menschen, der Russe hält den Olivenzweig, der Deutsche dagegen den Säbel in seiner Hand.“ Die Deutschen irrten jedoch — bemerkt der „Swjet“ zum Schluß, wenn sie glaubten, den Russen würde der Muth zum Kreuzen der Säbel fehlen.

Diese zum Kampf herausfordernde Sprache des panslawistischen Blattes hat die deutsche Presse sehr vor den Kopf gestoßen. Sie steckte die Schmeicheleien auch nicht in die Tasche und indem sie das zutreffende und witzige Märchen von dem Wolf und dem Lamm wiederholt, erinnert sie an das Handschreiben des Zaren, welches er an den Großfürsten Alexis gerichtet und worin er seine Freude über die Tüchtigkeit der Flotte des schwarzen Meeres, welche die Friedensbürgschaft bilde, zum Ausdruck gebracht hat.

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański  
vom 24. September 1898:

#### In Wahlanglegenheiten

erhielten wir aus der Stadt das nachstehende Schreiben: „Die Zeit einer neuen General-Wahlversammlung in unserer Stadt rückt heran. Die geehrte Redaktion wird vielleicht in gastfreier Weise mein Schreiben, das die Ansichten und Wünsche vieler enthält, in die Spalten ihres Blattes aufnehmen. Ich gehöre zu Denjenigen, die auf nationalem Boden stehen, welcher die Bedürfnisse der Allgemeinheit, aller Gesellschaftskreise und nicht nur einer besonderen Klasse, die über den anderen herrschen möchte, berücksichtigt. Ich stehe auf dem Boden der nationalen Solidarität und wünsche, daß wir jedes durch unsere Zersplitterung hervorgerufene öffentliche Ue.gerniß dem gemeinsamen Feinde gegenüber vermeiden. Ich wünsche also, daß namentlich unsere Generalversammlungen nicht das Bild einer bedauernswerthen Kluft bieten möchten, über welche sich unsere Feinde in der Seele freuen und Alles thun werden, was in ihren Kräften steht, um dieselbe noch zu vergrößern. Mit großer Sorge sehen wir daher der Zukunft entgegen, namentlich der

nächsten Vornwahlversammlung, damit dieselbe nicht in der Hauptstadt Großpolens die immer weiter um sich greifende politische Unruhe aufweise, innerhalb welcher nicht das Recht, sondern die rohe Gewalt und die Gesetzlosigkeit regieren. Bekanntlich wollte doch in einer der letzten Posener Generalversammlungen die Sezessionspartei dadurch das Uebergewicht gewinnen, daß sie den Versammlungsaal mit Unerwachsenen und sogar mit solchen Leuten füllte, die gar keine Berechtigung hatten, sich an einer Generalversammlung der Wähler der Stadt Posen zu betheiligen. Leute aus Jersitz, Pazarus und Wilda diktierten uns Gesetze und die Wähler ertrugen ruhig diesen Terrorismus und dessen Folgen unter wahrhaft empörenden Umständen. Auf diesen Punkt müssen wir heute unsere Aufmerksamkeit richten und uns vor erneuter derartiger Vergewaltigung mit allen Kräften schützen. Es ist unmöglich, solche Frechheit und Verhöhnung des Rechtes und des Gesetzes weiter zu dulden. Ich gehöre zu Denjenigen, die sich beugen und jeder Mehrheit fügen werden, sie muß jedoch ehrlich und loyal sein. List und Umgehung des Gesetzes können und dürfen Niemanden in Zukunft binden. Wie ist aber einer falschen Hinterlist zu begegnen? In dieser Beziehung wollte ich mir eben einige Worte erlauben.

Wenn das Wahlkomitee für die Stadt Posen uns „Wähler der Stadt Posen“, namentlich nach den Erfahrungen der letzten Zeit, zu Hauptvornwahlversammlungen einladet, müßte es auf Mittel und Wege sinnen und Bürgschaft dafür leisten, daß wirklich nur Wähler der Stadt Posen Zutritt in den Saal, Stimme bei den Berathungen und Abstimmungen haben. Ist das möglich? In der letzten Generalversammlung haben die „Gäste“ der Aufforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen, nicht Folge geleistet, die Versammlung gewaltsam gestört und bewirkt, daß alle Beschlüsse dieser Versammlung ungültig wurden. Wenn das Komitee, welches doch der Wirth einer jeden Versammlung ist, nicht die Eindringlinge zum Verlassen des Saales bewegen kann, so giebt es dagegen nur zwei Ausgangspunkte: entweder löst das Komitee die Versammlung, in welcher sich eine Anzahl ungebeter Gäste befindet, auf oder die Wähler verlassen, nach einer diesbezüglichen Aufforderung, selbst den Saal und lassen die Verlezer des Rechtes und der Gastfreiheit allein auf dem Platze. Was aber dann weiter? Soll eine neue Versammlung einberufen werden, sollen neue Kosten entstehen und soll man sich der Gefahr aussetzen, wieder gesprengt zu werden? Nein! In diesem Falle müssen wir uns an das Provinzialwahlkomitee wenden, welches als höchste Instanz Alles erledigen wird, was die nicht zu Stande gekommene Wählerversammlung erledigen wollte, dasselbe wird also das Komitee der Stadt Posen ernennen oder bestätigen und den vom Komitee vorgeschlagenen Delegirten oder Kandidaten ernennen. Dies wird nicht streng nach dem Gesetze sein, jedoch mehr den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, als wenn die Freiheit der Wähler seitens solcher Leute verletzt werden sollte, die in Posen nicht wahlberechtigt sind. Für außerordentliche Fälle müssen außerordentliche Mittel zur Anwendung kommen und die nächste Delegirtenversammlung müßte nach dieser Richtung hin das Wahlreglement abändern oder ergänzen, welches letzteres für Sezessionen und deren Folgen absolut nicht berechnet ist. Es ist schlimm und traurig, daß gerade die Hauptstadt von Großpolen Veranlassung zu dergleichen Betrachtungen giebt, doch es hilft nichts, es giebt keinen anderen Rath, wir müssen uns in die wirkliche Lage der Dinge hineinsetzen und da wir die Sezession

nicht aus der Welt schaffen können, müssen wir deren Folgen lindern. Sollten wir auf diesem Wege keine besseren Erfolge erreichen, so bleibt nichts weiter übrig, als sich ausdrücklich in zwei Parteien zu theilen, gesondert vorzugehen und jeden Versuch zur Herbeiführung der Einigkeit und Solidarität aufgeben. Soviel für heute. Wir wissen nicht, welchen Ausweg die maßgebenden Leute wählen werden. Etwas muß jedoch geschehen, denn noch weiter in die sezessionistische, zum Umsturz führende Versumpfung hineingerathen dürfen wir nicht. Unsere Gesellschaft darf nicht vollständig machtlos gemacht werden. Jedenfalls ist es erforderlich, daß alle Wähler, die auf nationalem Boden stehen und ein lebhaftes Interesse für die Sache haben, sich zum Wahlkampf rüsten und zur Lösung des gordischen Knotens mit beitragen.“

Indem wir mit Vergnügen vorstehendes Schreiben, welches eine allseitige Besprechung hervorrufen müßte, veröffentlichen, behalten wir uns unsere Bemerkungen für später vor, einstweilen erklären wir uns vollständig für die Wünsche des Verfassers, nämlich, daß unsere Intelligenz sich nicht nur an den Generalversammlungen, sondern auch an der Wahl-agitation eifrig betheiligen möge. Uebrigens müssen wir uns in der beregten Angelegenheit nicht nur in Posen, sondern auch in der Provinz auf verschiedene Ueberraschungen gefaßt machen, denn in diesen Tagen wird eine sezessionistische Delegirtenversammlung stattfinden, in welcher die Lösung ausgegeben wird, mit deren Hilfe die Kreisversammlungen gesprengt oder im sezessionistischen Geiste geleitet werden sollen.

Aus Nr. 220 des Dziennik Poznański  
vom 27. September 1898:

## Die Neuwahlen.

### I.

Binnen Kurzem werden wir wieder an der Wahlurne erscheinen, um unsere Abgeordneten in den Landtag zu entsenden. Es ist dies eine sehr wichtige Thatsache in unserm politischen Leben, deshalb richtet sich bei uns die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Wahlanglegenheiten, wie dies übrigens aus allen öffentlichen Blättern zu ersehen ist. . . . Wir zweifeln nicht daran, daß wir bei den bevorstehenden Wahlen, den Bemühungen der H.-K.-Listen gegenüber, mit musterhaftem Eifer einmütig und in geschlossenen Reihen auftreten werden und der Sieg muß dann auf unserer Seite sein. Es ist ja bekannt, welches Triumphgeschrei die H.-K.-Listen erhoben, als unsere Brüder in Westpreußen bei den Reichstagswahlen eine so bedeutende Niederlage erlitten. Wie viel größer noch würde das Triumphgeschrei sein, wenn nunmehr auch unser Herzogthum bei der Landtagswahl eine derartige Niederlage davontrüge. Bei der Reichstagswahl vermochten wir uns bei dem alten Stand zu erhalten, beweisen wir nun auch bei der Landtagswahl, daß wir furchtlos auf dem Posten stehen und noch kräftig genug sind, um in unverminderter Stärke in den preussischen Landtag wieder einzuziehen. Natürlich können wir in denjenigen Wahlbezirken, in welchen wir auf Grund von Kompromissen Mandate erhielten, jetzt schwerlich auf einen Erfolg rechnen, denn die Deutschen gehen geschlossen vor, uns dadurch das beste Beispiel gebend und wir können kaum annehmen, daß sie zur Eingehung von Kompromissen gewillt

sein sollten. Sollte dies jedoch der Fall sein, so wissen unsere Leser recht gut, welchen Grundsatz sie zu befolgen haben, nämlich zunächst darauf zu achten, daß nicht Stimmen ohne Gegenleistung abgegeben werden, dann aber auch dafür zu sorgen, daß nicht H.-R.-Listen, deren es die meisten unter den Konservativen giebt, in den Landtag hinein kommen. Unsere Sache wird zum großen Theil von den Wahlversammlungen, die jetzt bei uns stattfinden werden, abhängen. Sie werden uns zeigen, ob wir noch über genügende Kräfte verfügen und ob wir namentlich die Elemente des Umsturzes werden zügeln können, die sich durchaus der Wahlangelegenheiten durch die Wahl sezeßionistischer Delegaten und sezeßionistischer Komitees bemächtigen wollen. Dies können die auf nationalem Boden stehenden Wähler nicht zugeben.

Aus Nr. 221 des Dziennik Poznański  
vom 28. September 1898:

### Die Neuwahlen.

#### II.

Die jetzt in den Zeitungen angekündigten Generalversammlungen haben eine doppelte Aufgabe. Es werden dort Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufgestellt und die endgültige Wahl Derjenigen veranlaßt, die von der Delegirten-Versammlung als Landtagskandidaten bestätigt werden, außerdem soll dort für einen weiteren Zeitraum von fünf Jahren durch die Wahl von Kreis-Komitees und von Kreis-Delegirten, sowie deren Vertretern eine neue Wahlorganisation geschaffen werden. Beide Aufgaben sind sehr wichtig, namentlich muß aber der zweiten eine besondere Bedeutung beigelegt werden, denn sie ist von einer längeren, ebenfalls auf einen Zeitraum von fünf Jahren berechneten Dauer. Eine starke Seite unserer Wahlorganisation und Agitation bildete bisher die nationale Solidarität. Wir wählten Kandidaten, Komitees, Delegirte für die Allgemeinheit und unser Wahlreglement ist gerade für diesen Grundsatz der Solidarität berechnet. Inzwischen ist eine Zeit der Entzweiung und Zersplitterung eingetreten. Ein Theil der Gesellschaft, glücklicherweise der größere, hält fest an dem Grundsatz der Solidarität und an den Bedürfnissen der national gesinnten Allgemeinheit, ein anderer Theil des Volkes kümmert sich um die nationalen Bedürfnisse garnicht, will von der nationalen Solidarität nichts wissen und setzt Alles daran, die Wahlangelegenheiten lediglich dem Interesse der sogenannten Volksbewegung anzupassen. In der unlängst (25. September) stattgefundenen Delegirten-Versammlung der sogenannten Volkspartei wurde diesem und keinem anderen Grundsatz gehuldigt. Es wurde dort erklärt, daß die Volkspartei auf dem Boden des Katholizismus und der Zugehörigkeit zu Preußen fuße; man hat sich vollständig darüber hinweggesetzt, was die andere Seite als das Wichtigste erachtet, nämlich nach dem Grundsatz der Solidarität geschlossen gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Die „Volksbewegung“ leugnet anscheinend nicht das polnische Interesse, hat jedoch für das nationale Gesamtinteresse der ganzen Gesellschaft kein Verständnis, kümmert sich lediglich um das Interesse eines kleinen sezeßionistischen Bruchtheils. Auffallend bei dieser Wendung der Dinge ist der geistige Rückgang. Die Männer der Sezeßion haben das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit eingebüßt, fühlen sich auch nicht

kräftig genug, um alle Gesellschaftsklassen des Volkes zu vertreten. Kleinnüthig ziehen sie sich deshalb zu nur einer selbstsüchtigen, ihrer eigenen Klasse zurück und überlassen den Rest seinem Schicksal. Die Schande des nationalen Bankrotts verdecken sie durch die Verleugnung der übrigen Gesellschaftsklassen, die man bis jetzt als von der nationalen Allgemeinheit unzertrennlich betrachtete. Ihre Anschauungen und Ansichten wollen sie den Volksmassen aufdrängen und mit Hilfe dieser irreführenden Mengen alle öffentlichen Angelegenheiten, also auch die Wahlen, in ihre Hand nehmen, kurz Alles beherrschen, viel schlimmer noch, als jemals der Adel geherrscht hat. Deshalb müssen die auf dem Boden der nationalen Solidarität stehenden Wähler nicht zugeben, daß das allgemeine nationale Interesse durch dasjenige einzelner Redakteure, die ihres Vortheils wegen das Volk irre führen, geschädigt werde. Sie behaupten natürlich ihrerseits, selbstlos und lediglich für die Hebung des nationalen und politischen Selbstbewußtseins des Volkes zu wirken. An der Hebung dieses Selbstbewußtseins ist uns Allen gelegen, namentlich giebt sich die Intelligenz viel Mühe, dasselbe zu wecken. Die Ansichten gehen nur bezüglich der Mittel auseinander. Unsere sozial-politischen Sezeßionisten haben viel Aehnlichkeit mit unseren Revolutionären und Chauvinisten. Dieselben sind der Ansicht, der Geist könne nur mit Hilfe revolutionärer Mittel und patriotischer Uebertreibung gehoben werden; die Sezeßionisten dagegen meinen, das politische Selbstbewußtsein könne nicht anders, als durch soziale Zwistigkeiten, politische Zermürbungen und extreme Gehässigkeit, mit einem Worte, durch den Krieg Aller gegen Alle geweckt werden. . . . Wir wollen deshalb Alle wie ein Mann in den Versammlungen erscheinen, um als Kandidaten, Komiteemitglieder und Delegirte ausschließlich auf dem Boden der nationalen Solidarität stehende Männer zu wählen. Es ist gleichgültig, ob dies ein Adliger, Priester, Städter oder Bauer ist, wenn er nur ein gebildeter, verständiger, ein der ganzen Gesellschaft angehörender Pole ist, wenn er nur das Interesse der Allgemeinheit und nicht allein dasjenige einer angeblich unterdrückten, gleichzeitig aber bevorzugten Kaste der Sezeßionisten wahrnimmt. Kann es denn z. B. mit dem gefunden Menschenverstande und dem polnischen Gefühl in Einklang gebracht werden, daß sich Jemand in Posen an die Spitze der Sezeßionisten stellt und ausschließlich für deren Interesse eintritt, gleichzeitig aber einen Kreis oder Bezirk im Komitee vertritt oder als Delegirter, als Vertreter aller Stände auftritt? Entweder — oder. Wer ein Sezeßionist bleiben will, der kann sich, so lange noch ein Funken von Ehrlichkeit in ihm steckt, zum nationalen Vertreter nicht aufwerfen. Nach dieser Richtung hin wächst leider bei uns die Begriffsverwirrung. Viele sind der Ansicht, sie könnten den Mantel nach zwei Seiten tragen, was für beide Theile das Schädlichste ist. Das Pharisäerthum ist in voller Blüthe, die Grundsätze dagegen verlieren jede Unterlage. Es soll das eine große Klugheit sein, wenn Jemand anders denkt und spricht und anders handelt, das ist aber keine Klugheit, das ist eine Schande und eine Erscheinung der geistigen Gangrän. Was sollen wir z. B. zu der Scheinheiligkeit sagen, die mit beispiellosem Eynismus gelegentlich der letzten Versammlung sezeßionistischer Delegirter verkündet wurde. Es wurde versichert, die „Volksbewegung“ stehe auf dem Boden des Katholizismus und der Zugehörigkeit zum preussischen Staat, gleichzeitig aber wurde heftig gegen Diejenigen losgezogen, die angeblich Versöhnungspolitik betreiben. Dies wurde doch vor der Elite des zielbewußten Volkes

behauptet, die ja wissen müßte, daß die entschiedene Anerkennung der Staatszugehörigkeit gerade die Versöhnungspolitik bedeutet. Ferner wurde auf die katholische Rechtsschaffenheit geschworen, dabei aber behauptet, die sezeßionistischen Redner verständen besser die Irrlehren zu beurtheilen, als die höchsten Kirchenfürsten.

Wir müssen daher unsere Leser warnen, damit sie nicht auf den Leim von anscheinend echt volksthümlichen Redensarten gehen, hinter welchen sich Falschheit und Heuchelei der schlimmsten Gattung verbergen. Wir sind Alle für Volksrechte, wir erlauben Niemandem, dem Volke Unrecht zu thun, wir gestatten aber auch nicht, Volkslosungen zum Parteischacher auszunutzen. Der Stimme des Zentralkomitees folgend, wollen wir in die Komitees und zu Delegirten Männer aus allen Ständen wählen, jedoch nur solche, die auf dem Boden der nationalen Solidarität stehen und die die Sezeßion und alle ihre Kniffe verurtheilen. Fort mit der Gleichgiltigkeit und Leidenschaftslosigkeit! Wir erfahren ja, daß bei unseren sezeßionistischen Gegnern die ewigen Reibereien, Zwistigkeiten und Hezereien bereits Efel hervorzurufen beginnen. Zeigen wir, daß unsere nationale Sache eine heilige und gute Sache ist, daß wir sie nicht verlassen werden, sondern bereit sind, jeden Augenblick auf dem Kampfplatze zu erscheinen, auszuhalten und zu siegen.

Aus Nr. 218 des Oredownik  
vom 24. September 1898:

### Mit Bezug auf die bevorstehenden Landtagswahlen

schreibt der Oredownik:

„Die Volkspartei strebt nach zwei Zielen,

1) danach, daß die breitesten Massen des Bürgertums ins politische Leben eingeführt und in ihnen das hierzu erforderliche Bewußtsein und die Fähigkeit zur Ausübung der Bürgerpflichten geweckt werden, und

2) danach, daß in die Fraktionen nicht Leute hineingelangen, die geneigt sind, in Berlin hinter dem Rücken des Volkes und sogar unter ausdrücklicher Ignorierung desselben auf eigene Faust Politik zu treiben. Im jetzigen Augenblick handelt es sich darum, nicht Leute aus den bekannten versöhnungsparteilichen Kreisen nach Berlin gelangen zu lassen, Leute, die den politischen Einflüssen des Herrn Erzbischofs nachgeben, soweit diese Einflüsse rein weltliche und nationale Angelegenheiten betreffen.

Die Anhänger der Volkspartei in Posen und in der Provinz, sowie auch diejenigen, die nur zum Theil mit den Bestrebungen der Volkspartei einverstanden sind, müssen in den jetzt abzuhaltenden Kreiswählerversammlungen Alles daransetzen, daß

1) zu Landtagskandidaten entsprechende, nach Möglichkeit neue Leute aufgestellt werden, und 2) vor Allem, daß zu Delegirten vertraute charakterfeste Leute gewählt werden, die in der Delegirten-Versammlung nicht anders reden als in den Kreiswählerversammlungen, mit einem Worte Leute, welche das Volk nicht mit schönen Worten hinters Licht führen werden.

Die bisherige Erfahrung der Volkspartei ergibt, daß die Volkspartei jenen beiden Zielen nur langsam Schritt für Schritt zustreben kann, daß sie die ganze Sache nur insoweit vorwärts bringt, als sie durch redliche Arbeit und verständige Leitung das Fundament für die weitere Arbeit baut. Auch

hier erringt die Volkspartei nichts umsonst. Alle wohlmeinenden Rathschläge, die ihr bisher Wohlwollende erteilt haben, wie z. B. in der Delegirtenversammlung, alle die Rathschläge, die ihr Aufgeforderte sowie Unaufgeforderte in den hiesigen und ausländischen Blättern erteilen, sind sehr gut und schön, sie haben nur die eine schwache Seite, daß sie unausführbar sind. Sie haben für die Volkspartei denselben praktischen Werth, wie ein ärztliches Rezept, das einem Schwachen keine Mixturen, sondern nur folgende einfache Lebensweise verschreibt: „Alltäglich ein tüchtiges Stück guten Lendenbraten und einige Gläschen alten Weines!“ Diese Arznei hilft untrüglich, nur ist die Vorschrift für den Kranken deshalb werthlos, weil Letzterer kein Geld hat, um sich Lendenbraten und alten Wein verschaffen zu können, und der Arzt nur die Arznei verschreibt, ohne das Geld dazu herzugeben.

Die Volkspartei kann, wie jede andere, nur auf realer Grundlage, auf Grund der eigenen Kräfte arbeiten und demgemäß sich vorwärtsbringen. Der reale Stand der Volksbewegung ist gegenwärtig folgender: Posen-Stadt und die beiden Landkreise Posen sind der Haupttheil der Volksbewegung und gewissermaßen der Motor dieser Bewegung in der Provinz. In dieser Beziehung ist zwischen Posen und der Provinz ein großer Unterschied. Eine Organisation besteht auch hauptsächlich in den Kreisen Posen-Stadt und -Land. In der Provinz giebt es wenige Zentren, die eine ausgebehutere oder geringere Organisation haben. In anderen Orten treten nur Kreise einer Organisation zu Tage, und es giebt viele Kreise, die eine solche haben könnten, jedoch keine besitzen. Zu allem Thun sind Menschen nöthig. Eine Organisation, und zwar eine gute, rührige ist vorhanden

in Bromberg und in der Bromberger Gegend, mit den Herren Rechtsanwalt Moczynski, Witecki, Winnicki, Sosnowski und Tomaszewski,

in Inowrazlaw mit den Herren Czaplak, Grosman und so vielen Anderen,

in Schroda mit den Herren Smisniewicz, Rowalewski und Anderen,

in Jarotschin mit den Herren Jachowski, Szwabczynski und Anderen,

in Pleschen ist eine vorzügliche Organisation erst in letzter Zeit zu Tage getreten; es arbeiten daselbst Herr Bzoralski und Andere,

in Ostrowo, woselbst Herr Rechtsanwalt Kuzner und Andere arbeiten,

in Neustadt bei Pinne, woselbst Herr Mroczkiewicz und Andere die Seele der Bewegung sind.

Darüber hinaus haben wir im Großherzogthum keine Organisation des politischen Bewußtseins. Erst in den letzten Monaten hat sich unter dem Einfluß der im Wahlkreise Posen auf Herrn Franz Andrzejewski abgegebenen 8000 Stimmen das bürgerliche Bewußtsein in den Kreisen Kosten und Buk geregt, und man hat begonnen, sich daselbst zu organisiren, ferner hat man in Gnesen angefangen, daran zu denken. Es ist auch namentlich in dem Wahlkreise Kosten-Buk-Schmiegel-Meutomischel Aussicht vorhanden, daß es daselbst mit der Zeit zu einer kräftigeren Organisation kommen wird.

So sieht es um den thatsächlichen Stand der Volksbewegung aus, und nur auf Grund dieses wirklichen Thatbestandes können wir weiter arbeiten und vorwärts kommen. Das bedeutet, daß es gilt, für den Augenblick alle schwachen Kreise außer Acht zu lassen und hingegen alle Kräfte in denjenigen

Kreisen anzustrengen, wo schon eine kräftigere oder schwächere Organisation vorhanden ist, damit wir in diesen Kreisen unsere Komitees, unsere Kandidaten und unsere Delegirten durchbringen. Das soll bedeuten, daß es nicht angebracht ist, die Kräfte nach allen Seiten hin zu zersplittern, ohne Rücksicht darauf, ob auf irgendwelchen Gewinn zu rechnen ist oder nicht, sondern daß es gilt, die Kräfte auf diejenigen Kreise zu konzentriren, wo ein Resultat gewiß oder möglich ist. Man darf nicht dem nachjagen, was sich augenblicklich nicht erreichen läßt, sondern das wahrzunehmen, was bei einiger Thätigkeit durchgesetzt werden kann. Dieser Ansicht ist auch die Intelligenz, die es mit der Volkspartei wohlmeint und tiefer sieht.

Aus Nr. 220 des Postep  
vom 27. September 1898:

Die Geistlichkeit hat gestern in allen Kirchen nach der Predigt auf unser Blatt gewettert und es in die Hölle verdammt. — Nach einer so wilden teuflischen Agitation der Hspartei gegen unser Blatt müßte man annehmen, daß wir nicht einen Abonnenten haben werden. Wie sich die Hspartei doch irrt! So schnell gehen die Wünsche menschlicher Bosheit nicht in Erfüllung. Noch ist ein gerechter Gott im Himmel.

Aus Nr. 217 des Dziennik Kujawski  
vom 23. September 1898:

Zu der in Nr. 211 des Dziennik Kujawski gebrachten Notiz aus Jakschütz betr. die Belegung der Schulkinder mit Schimpfnamen seitens des Lehrers bringt dasselbe Blatt nunmehr folgende Berichtigung:

Der Herr Lehrer Herkner aus Jakschütz theilt uns mit, daß die Nachricht in Nr. 211 unseres Blattes betreffend den Gebrauch von Schimpfnamen polnischen Kindern gegenüber nicht auf Wahrheit beruht. — Den Ausdruck „polnische Lumpen“ habe er überhaupt nicht gebraucht, und wenn seinen Lippen irgend eine schärfere Bezeichnung entfahren sei, habe es sich immer nur auf ein bestimmt bezeichnetes Verschulden oder auf irgend eine Untugend der Kinder bezogen, nie auf deren Nationalität. — In dieser Beziehung behandle er die polnischen wie die deutschen Kinder gleichmäßig und sei den Polen nicht feindlich gesinnt.

Eine ähnliche Versicherung erhielten wir noch von einer anderen, vollständig glaubhaften Seite. — Daraus ist zu schließen, daß unser Berichterstatte, der uns dies mittheilte, entweder uns mit Vorbedacht in einen Irrthum versetzte oder sich auf falsche Information gestützt hat.

Aus Nr. 116 des Przyjaciół  
vom 27. September 1898:

#### Bitte.

Ein Geistlicher in protestantischer Gegend trachtet nach einer öffentlichen katholischen Schule für seine Parochianen. Als er sich auf die Thatfache berief, daß man in katholischen Gegenden für eine geringere Anzahl Kinder öffentliche protestantische Schulen einrichtet, forderte man von ihm, daß er solche

Schulen zeige. Wir sind darum gebeten worden, dies betreffende Einzelheiten aus unserer Gegend zur Verfügung zu stellen, und wir bitten alle wohlgesinnten Leute, uns diejenigen Gemeinden zu benennen, in denen von der Gemeinde unterhaltene protestantische Schulen vorhanden sind, obgleich die Zahl der Kinder 104 nicht überschreitet. Es handelt sich hauptsächlich um die Zahl evangelischer Kinder bei der Eröffnung öffentlicher evangelischer Schulen in überwiegend katholischen Ortschaften.

### Aus West- und Ost-Preußen.

Aus Nr. 115 der Gazeta Grudziądzka  
vom 27. September 1898:

#### Der Verleger der Gazeta Grudziądzka, Kulerski,

beklagt sich in obiger Nummer bitter darüber, daß man sein Blatt in gewissen Kreisen hasse, weil es Jedem die Wahrheit in die Augen sage: Die Feindseligkeit gehe soweit, daß man mit der Absicht umgehe, „an ihrer Seite“ ein neues Blatt zu begründen. (Gemeint ist die Gründung eines polnischen Blattes in Strassburg i. Westpr., dessen Probenummern bereits erschienen sein sollen. Red. d. Ges. Ueberbl.) In einem zweiten Artikel deutet Kulerski an, von wem die Feindschaft und die feindseligen Versuche, die Existenz seines Graudenzger Blattes zu untergraben, ausgingen, vom Adel nämlich, der Kulerski für seinen Gegner ansehe. Es heißt in dem Artikel wörtlich:

„Woher kommt es, daß man die Gazeta Grudziądzka eine Feindin des Adels nennt? Seht, Landsleute, mit geringen Ausnahmen sind die Herren Edelleute so organisiert, wie die Juden. Man braucht einen Juden nur anzurühren, so entsteht gleich großes Ach- und Wehgeschrei im ganzen Israel, und wasche nur irgend einem Edelmann, und sei es auch noch so gerechtfertigt, den Kopf, so wird gleich der Rest der „Herren Brüder“ dich als „Feind des Adels“ verschreien, und sagen, „es sei am besten, solche Leute todzuschießen“, wie sich z. B. vor Kurzem eines unserer westpreussischen Herrchen über Herrn Kulerski ausgelassen hat.“

Aus Nr. 116 der Gazeta Gdańska  
vom 29. September 1898:

#### Drehereien.

Herr Kulerski, nicht satt von dem Lorbeer, den ihm Radzyn erteilt hat, hört nicht auf, Unruhe zu stiften und die Nase dort hineinstecken, wo es unnötig ist. Man berichtet uns aus Gzysk, daß es dort zu einem Sturme kommen werde, weil Herr Kulerski sehr dafür agitire, daß er zusammen mit Herrn Dr. Karasiewicz aus Tuchel als Abgeordneten-kandidat aufgestellt werde. Die Agenten des Herrn Kulerski vertheilten Tausende von Exemplaren der Gazeta Grudziądzka unter das Volk. Er schreibe an alle Organisten hochtrabende Briefe und er verspreche ihnen goldene Berge, wenn sie für seine Sache agitiren würden. Aus diesen goldenen Bergen wird aber überhaupt nichts werden, denn Herr Kulerski hat den Organisten bisher in nichts etwa geholfen, sondern er hat ihnen vielmehr durch seine elende Politik geradezu geschadet.

In Czest hat sich schon ein Komitee einer Art Volkspartei aufgethan, welches nicht das Wohl des polnischen Volkes, sondern die Zersplitterung der Gesamtheit bezweckt, damit die Dunkelmänner so dann nach ihrem Willen schalten und walten könnten.

Für das Wohl des Volkes in Czest und dessen Umgebung haben bisher ehrenwerthe Leute gearbeitet und sie haben viel gethan — aber augenscheinlich nicht nach dem Geschmaek gewisser Herren, welche der übertriebene Ehrgeiz und die Eingebildetheit zu einer zeretzenden Arbeit hin treiben, die nur zum Vortheil der Feinde unseres heiligen Glaubens und der Nationalität in einem so ungewissen Kreise ausschlagen kann, wie es der Wahlkreis Tuchel-Konitz-Schlochau ist.

Man braucht wohl nicht für einen Pfennig politischen Verstand zu besitzen, um es zu unterlassen, nach einer Zersplitterung dort zu trachten, wo die Kräfte gesammelt werden müssen. Man wird vielleicht sagen, daß es dem Herrn Kulerski darum zu thun sei, die Wahlagitation zu verbessern und die breiten Massen des polnischen Volkes aufzuwecken. Dies ist sehr schön, indessen bedarf es hierzu nicht des schlüpfrigen Weges, den Herr Kulerski betreten hat, der sich überall als Kandidat für einen Abgeordnetenposten aufdrängt, obgleich er das Pulver nicht erfunden hat. Solche „Größen“ haben wir in Westpreußen schon kennen gelernt; wir wollen hier nur die nicht zu Stande gekommenen Kandidaturen des Korbmakers Gyzewski und des Schankwirths Markowsky erwähnen. Der gesunde Verstand des Volkes hat damals erkannt, was diese unzeitigen Agitationen zu bedeuten hätten, wir sind davon überzeugt, daß er auch jetzt erkennen wird, wohin die Zersplitterungsagitation zielt. Schimpf und Schande würden wir verdienen, wenn wir gestatten würden, daß es zur Spaltung, zur Zerreißung und zum Aufruhr an solchen Stellen käme, wo nur durch Eintracht und Einigkeit etwas zu erreichen ist.

Die Spaltung in Posen hat ein schlechtes Beispiel gegeben, wir kennen Leute, welche sich um Rathschläge und Direktiven an den Drendownik und dessen Leiter wenden, der die Sezession ins Werk setzte. Diese Leute haben sich angewöhnt, dies abzustreiten und sich mit dem Wohl des Volkes zu vertheidigen; sie haben wenig Muth, öffentlich aufzutreten und setzen die geradezu maulwurfsartige Thätigkeit eines Drendownik und Postemp ins Werk.

Wenn die Zersplitterung bei uns keine bedrohlichen Ausdehnungen annehmen soll, ist es nothwendig, daß aufgeklärte Leute, die das wahre Wohl der Gesamtheit im Auge haben, sich zusammenscharen, sich zur Arbeit zusammenthun und nicht gestatten, daß Leute von zweifelhafter Ueberzeugung, von fragwürdigem Herz und Gemüth Unrath stiften. Möge sich das polnische Volk nicht irreleiten lassen, möge es mehr denjenigen bekannten Leuten vertrauen, die für das Volk ohne Belohnung im Rahmen des Gemeinwohls arbeiten, als jenen Hochmüthigen, welche es mit ungesunden Schlagworten und Versprechungen nähren, die sich nicht verwirklichen lassen.

Aus Nr. 213 der Gazeta Toruńska  
vom 17. September 1898:

**Aus Anlaß des Genfer Attentats**  
hatte der Dziennik Poznański u. A. geschrieben:

„Wenn unsere Stimme in der weiten Welt noch keine Bedeutung erlangen kann, so wollen wir sie

um so erfolgreicher bei uns daheim erheben, wo leider die Saat des Sozialismus und Anarchismus ebenfalls schon zu keimen beginnt. Luccheni hat sich mit grenzenloser Frechheit zum höchsten Richter über alle Spitzen der Gesellschaft proklamirt und erklärt, er habe das Urtheil seines anarchistischen Tribunals an irgend Jemandem, an dem ersten Opfer vollstrecken müssen, das sich seinem verbrecherischen Eifer näherte. Gott sei Dank, Helden von der Art der Luccheni, Caserio u. s. w. haben wir bei uns noch nicht; aber leider mangelt es bei uns nicht an unberufenen Politikern, an falschen Weisen und Propheten und an zügellosen Berwegenen, die jeden Augenblick bereit sind, etwas zu beschwören und in Sachen Urtheile zu fällen, die sie nicht verstehen, und zwar Leuten und sozialen Angelegenheiten gegenüber, die ihnen hindernd im Wege stehen.“

Hierzu meint die Gazeta Toruńska:

„Was soll man dazu sagen? Augenscheinlich hat Parteiwuth des Verfassers Geist derart umnebelt, daß er nicht begreift, wie solche Albernheiten bei unparteiischen Polen ein Lächeln des Mitleids hervorrufen, und der preussischen Polizei den Vorwand zu der Feststellung geben, daß eine fleißige Beobachtung der polnischen Versammlungen durchaus nöthig sei, mit Rücksicht auf die „unter uns keimende Saat des Anarchismus“. Und der Minister v. Hammerstein wird es fertig bringen, sich auf das Zeugniß des Dziennik Poznański zu berufen, wenn er im Landtage seinen Vorwurf zu wiederholen geruht, daß „die polnische Bewegung immer mehr einen antimonarchischen Charakter annehme“.

Der Dziennik Poznański möchte augenscheinlich den Tod der Kaiserin von Oesterreich im Kampfe gegen den Drendownik und Postemp ausnützen, verfährt aber dabei wie jener Bär, der seinem Herrn den Schädel zerschmetterte in der Absicht, die Fliege auf des Herrn Stirn todtzuschlagen. Blinder Eifer schadet nur.“

Aus Nr. 113 der Gazeta Gdańska  
vom 22. September 1898:

#### Aus der Diözese.

Das ungeheuerliche Attentat auf das Leben der unschuldigen Kaiserin Elisabeth hat ganz Europa erschüttert und in Bestürzung gebracht. Insbesondere ruft das abscheuliche Bekenntniß des italienischen Mörders Luccheni Beunruhigung hervor, daß er es gerade nicht auf die Kaiserin von Oesterreich, sondern vielmehr auf jede regierende Persönlichkeit abgesehen hatte und am liebsten seinen eigenen König Humbert ermordet hätte. Wenn irgend jemals, so eignet sich gerade jetzt den Königen und Machthabern dieser Welt die Worte des Psalmisten zuzurufen: Et nunc Reges intelligite, erudimini, qui indicatis Terram. (Psalm 2.)

Europa steht heut am Abgrunde, über einem glimmenden Feuer, welches hier und dort schon mit gräßlichen Flammen nach oben emporschlägt und seine Opfer verschlingt.

Daß es schlimm ist, sehr schlimm, das sehen und erkennen Alle an. Es tauchen auch schon verschiedene Mittel und Rathschläge auf, um dem weiteren Uebel in den Zeitungen, mit Bezug auf deren politischen und religiösen Standpunkt vorzubeugen. Die Gesetze gegen die Sozialdemokraten und Anarchisten sollen verschärft werden. Aber solche Ausnahmegesetze sind, wie es sich zeigt, nicht im

Stände, die anarchistisch-revolutionäre Strömung zu ersticken oder auszurotten, sie entflammen sie vielmehr nur noch mehr und fördern sie. Diese Gesetze sind gegen die Folgen und die Erscheinungen des Brandes gerichtet, sie halten indessen den Brand selbst nicht auf. Wenn das Blut verdorben ist, so führt das Aufschneiden der sich hier und da auf dem Körper zeigenden Geschwüre keine Heilung der Krankheit herbei, sondern diese wird hierdurch nur verschlimmert. Um die Krankheit zu heilen, genügt es nicht gegen ihre Erscheinungen aufzutreten, denn dies ist das gefährlichste, sondern man muß die Ursache der Krankheit kennen lernen und hiergegen wirksame Heilmittel anwenden.

Die Entstehungsgründe des Anarchismus sind aber folgende: Das gesammte System der modernen Kultur, das Erziehungs- und Lehrsystem in den niederen und höheren Schulen, die Verkündigung und Handhabung des Grundsatzes: „Gewalt geht vor Recht“, die Vergewaltigung der Gerechtigkeit und des göttlichen Rechts, die Vergewaltigung der nationalen Rechte, — mit einem Worte alle Ungerechtigkeiten! Solche Grundsätze und Beispiele müssen sich von oben nach unten, auf die niederen Sphären verbreiten. Non potest arbor mala bonas fructus facere; ebenso kann schlechte Nahrung oder Luft der Gesundheit nicht dienen, sondern ruft früher oder später Krankheit hervor und muß den Organismus zu Grunde richten.

Insbefondere müssen in Italien die schlechten Grundsätze, welche dort von der Regierung verkündet und gehandhabt werden, auf anderem Gebiete unabwendbar eine Revolution hervorrufen. Daher giebt es auch die meisten Revolutionäre und Anarchisten unter den Italienern und in Italien. Die italienische Revolution beraubte verschiedene legale Fürstenthümer ihres Besitzthums und ihrer Rechte, und nahm schließlich auch dem Papst selbst den Kirchenstaat, wobei mit dem Papst und der Kirche Spott getrieben wurde. Mit welchem Recht wagt es jetzt die italienische Revolution gegen den Anarchismus energisch aufzutreten?

Am Ende des 18. Jahrhunderts wurde das unglückliche und wehrlose Polen getheilt, aber bald darauf tauchte die große französische Revolution auf, und nach dieser Revolution zertrümmerte Napoleon fast ganz Europa.

Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Papst seiner weltlichen Macht beraubt. Folge hievon war der Sozialismus und der abscheuliche Anarchismus, welcher sich in Attentaten auf das Leben der Könige äußert, und wer weiß, was uns noch erwartet!

Wer weiß, was noch am Anfang, in der Mitte und am Ende des 20. Jahrhunderts verbrochen werden wird? Aber in Europa, in jedem Staate und bei jedem einzelnen Menschen bewahrheitet sich das Wort der heiligen Schrift: „was Du säest, das wirst Du ernten!“

Deshalb muß Europa, wenn es das Uebel des Anarchismus ertödtet und auszurotten will, die Ursachen des Anarchismus erforschen und darnach trachten, dieselben zu beseitigen. Aber dies wird schwer halten, und ich zweifle, daß es dies vollbringen wird. Vor Allem ist die Rückkehr zum Christenthum, zu christlichen Grundsätzen im privaten und im öffentlichen Leben, in den Schulen, in der Verwaltung und der Politik nothwendig, und ein gleiches Maaß von Gerechtigkeit für Alle. Europa und vor Allem Italien hat die Pflicht zunächst dem Papst das wiederzugeben, was ihm gewalttham genommen worden ist. Es wäre das eine kluge und gute That, und der Anfang für ein bessere Zukunft.

Es ist auch durchaus erforderlich, und bereits die höchste Zeit, daß die preussische Regierung ihr System, ihre Politik und ihr Auftreten den armen, unschuldigen Polen gegenüber völlig ändere. Fast Alles ist bei uns, wie es scheint, mit mathematischer Genauigkeit darauf berechnet, aus den Polen, sobald wie möglich, Sozialdemokraten und Anarchisten zu machen. Die Religion wird den Kindern in der Schule in deutscher Sprache gelehrt und zwar nicht als religiöser Lehrgegenstand, sondern als Germanisierungsmittel, als Mittel, durch welches die Kinder mehr deutsche Wörter lernen müssen. Die Religion und deren Kenntniß ist dabei Nebenache. Hieraus folgt auch eine solche Verwilderung unserer Jugend. Was soll man zu der Kolonisation, zum Verbot polnischer Theateraufführungen, polnischer Lieder und Versammlungen, zu dem Verbot, polnisch zu sprechen, zu der Entlassung selbst der niedrigsten Beamten deswegen, weil sie polnisch sprechen, zu den zahlreichen und empfindlichen Strafen, welche die polnischen Redakteure wegen geringfügiger und oft unschuldiger Dinge erleiden, sagen? Was soll man zu der systematischen Besetzung der Pfarreien und sogar der polnischen Bisthümer durch Deutsche sagen, welche geeignet sind, anstatt sich Vertrauen zu erwerben, noch größere Erbitterung hervorzurufen?

Alles ist demnach, wie man sehen kann, darauf gerichtet, die Polen zu reizen, ihnen ihre Muttersprache und die Religion zu rauben und sie unter die Sozialdemokraten und Anarchisten zu treiben! Und, wie es scheint, hassen manche Herren die Polen so sehr, nicht etwa deshalb, weil sie Polen sind, sondern deshalb, weil diese, obgleich Alles darauf zugeschnitten ist, noch nicht Sozialdemokraten, Anarchisten und Revolutionäre geworden sind.

Trotz aller dieser Aufreizungen und allen Unrechts verhält sich unser Volk bisher gut genug und ruhig, denn es ist religiös. Wir verdanken dies hauptsächlich der besonderen Gnade der göttlichen Vorsehung, welche uns vor diesem letzten Unglück bisher bewahrt hat, vielleicht gerade deshalb, weil auf uns schon soviel Unglück, soviel Niederlagen und soviel Unrecht unschuldiger Weise herabgekommen ist. Dank hierfür gebührt unserer ehrwürdigen polnischen Geistlichkeit, welche ihr Volk in aufrichtigen Schutz nimmt und es von der Seuche bewahrt. Wir verdanken dies ebenso dem Volke selbst, welches trotz so vieler Verluste an Besitz, Erwerb und Brot, trotz vieler Verpöthungen und Ränke, sich treu und wacker an dem Glauben und der Sprache seiner Väter hält. Das polnische Volk ist von Natur aus geduldig, ruhig und sanftmüthig, und zwar gerade deshalb, weil es seinem Glauben und seiner Sprache treu ist, weil es bisher von dem Schulsystem noch nicht durchdrungen ist, das es wie ein eitler Dunst von Außen umhüllt. Aber gesetzt den Fall, daß das gegenwärtige System unser Volk so umgarnen würde, daß es seine eigene Sprache von sich werfen möchte, so würde dem auch der Verlust des Glaubens bald nachfolgen und darauf der natürliche Sozialismus und Anarchismus, dann aber — „adieu Jakob!“

Wenn im Posenischen, in Oberschlesien und in Preußen der Sozialismus und Anarchismus unter dem Volke die Oberhand gewinnen möchte, wer weiß, was dann geschehen würde, denn dann bekämen die Sozialdemokraten in den großen Städten „Luft“ und es bliebe nicht so ruhig, wie es bisher noch ist. Das polnische Volk leistet also durch sein ruhiges Verhalten und seine Geduld, durch seine Treue mit Bezug auf seinen Glauben und seine Nationalität, durch seinen verständigen Widerstand gegen das

gegenwärtige System eigentlich dem preußischen Staate einen großen Dienst, weil es diesen dadurch mächtiger und standhafter macht. Hieraus folgt die um so größere Pflicht, jetzt noch eifriger und treuer über dieses Volk zu wachen, damit es von den Lehren des Umsturzes nicht angesteckt werde. Auch die preußische Regierung hat die Pflicht, schon aus Rücksicht auf die eigenen Interessen, darauf zu achten und dafür zu sorgen, es in seiner Ruhe und seiner Treue zu erhalten und ihm daher das zu gewähren, was ihm nach dem natürlichen und göttlichen Recht, vermöge der internationalen Traktate und auf Grund der feierlichen Zusicherungen der Könige billiger Weise zukommt. Es ist besser und leichter, einer Krankheit vorzubeugen, als sie zu heilen.

Daher bitten wir auch unsere ehrwürdigen Abgeordneten, welche wir nun bald wählen werden, daß sie auch nach Eröffnung des Landtags zwar höflich aber entschieden mit dem rechtmäßigen Vorschlage hervortreten, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt, daß das Ansiedelungsgesetz beseitigt werden müsse u. s. w. Sie werden wahrscheinlich auf der Stelle nichts erreichen, aber sie dürfen sich hierdurch nicht abschrecken lassen, sondern jedes Jahr dieselben Forderungen und gerechtfertigten Vorschläge wiederholen. Wiederholt doch das Zentrum auch jedes Jahr seinen gerechtfertigten Vorschlag, das Jesuitengesetz zu beseitigen. Nicht vergeblich steht geschrieben: „Klopset an und es wird Euch aufgemacht werden“.

Gutta cavat lapidem non vi, sed saepe cadendo!

Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf eine Aeußerung hinzuweisen, welche gerade unter dem Eindruck des ungeheuerlichen Ereignisses in Genf der polenfreßerische Gesellige gethan hat. Er schreibt in Nr. 217:

„Eine gut organisirte und wachsame Polizei und ein scharfes Strafgesetzbuch sind nothwendig, um in den Kulturländern die menschliche Gesellschaft zu schützen, aber ungemein wichtig ist auch die Besserung der Gesellschaft selbst, deren einzelne Glieder sich weit mehr als bisher der Verantwortlichkeit bewußt sein müssen, die sie bei ihrem Thun auch gegen den geringsten ihrer Brüder und Schwestern auf der Erde haben.“

Sehr gut, Herr Geselliger! Lehre Deine Leser, Deine Gönner, lehre insbesondere die H.-R.-Listen und die preußische Regierung selbst, daß sie mit uns, mit dem polnischen Volke besser umgehen, daß sie uns nicht reizen mögen, sondern eingedenk der preußischen Devise „suum cuique“ auch den Polen das ihnen billigerweise zukommende Recht zu Theil werden lassen mögen und es wird unter uns bald Eintracht herrschen! Möge Gott dies geben!

Ich habe unserer Abgeordneten erwähnt. Es sei mir gestattet, hier einige Worte zu ihrer Vertheidigung hinzuzufügen, nicht jedoch als ob sie gerade meiner Vertheidigung bedürften, sondern um meiner vollständigen Uebereinstimmung mit ihnen in ihrer sogenannten „Versöhnungspolitik“ Ausdruck zu verleihen.

Zufällig kam mir die Nr. 209 des Goniec Wielkopolski in die Hände. Der Goniec polemisirt dort in einem Artikel unter der Aufschrift „man muß abonniren“ gegen den Kurjer, welcher für die „Versöhnungspolitik“ eintritt. Der Kurjer fragt, ob denn „diese Täuschung“ — nämlich, daß die Regierung ihr Wort nicht gehalten, daß sie das nicht erfülle, was man erhofft habe, „ein Verbrechen sein solle?“ Der Goniec erwidert hierauf kategorisch „dieses Schachern war ein Verbrechen und wird stets ein Verbrechen bleiben.“ Ich verstehe nicht,

was der Goniec unter einem Verbrechen versteht. Ein Verbrechen ist eine schändliche Handlung, welche das göttliche Recht übertritt, und zwar mit vollem Bewußtsein von dieser Schändlichkeit. Demnach haben, nach dem Goniec, unsere Abgeordnete, indem sie um die Verbesserung unserer Lage feilschten, eine schändliche That begangen, wobei sie das Bewußtsein und den Willen, so zu handeln besaßen! Der Goniec will doch das nicht etwa behaupten. Der Goniec wird doch sicherlich anerkennen, daß unsere Abgeordneten bei jener „Feilschung“ die besten und edelsten Absichten besaßen. Der Goniec schätzt, wie es scheint, den Werth einer That nach ihren Folgen, ihrem Nutzen, den sie bringt. Denn er schreibt: „Wenn wir die Muttersprache für unsere Kinder in der Schule hätten, würden wir dieses Abweichen von dem rechten Wege, diesen Versuch zu Antichambriren und Lakaidienste in dem herrschaftlichen Palais zu verrichten, verzeihen.“

Eine Handlung schätzt man nicht nach ihren äußerlichen Folgen, sondern nach ihren Gründen. Die Gründe waren gut und edel, also war auch die Handlungsweise gut und edel. Daß unsere Abgeordneten getäuscht worden sind, das ist nicht ihre Schuld. Wie damals die Dinge standen, konnten unsere Abgeordneten nicht anders auftreten. Sie traten klug und verständig auf, und es wäre eine große Unverständigkeit gewesen, wenn sie anders gehandelt hätten. Sehen wir den Fall, unsere Abgeordneten hätten auf den Goniec gehört und gegen das Regierungsprojekt gestimmt, und es hätten alsdann noch ärgere Verfolgungen Platz gegriffen, als dies jetzt der Fall ist, würden wir dann nicht Alle, und wer weiß, ob nicht auch der Goniec selbst, auf unsere Abgeordneten losgezogen sein? Aber „jenes Verbrechen wird ein Verbrechen für immer bleiben!“ Wer ein Verbrechen begeht, ist ein Verbrecher, ebenso auch der, welcher dasselbe durch Rath und That unterstützt. Daher sind Verbrecher „für immer“! unsere Abgeordneten, Verbrecher wir alle, die wir das Auftreten unserer Abgeordneten gutgeheißen haben — Verbrecher auch unsere höchsten Würdenträger, der Erzbischof und Se. Eminenz der Cardinal Ledochowski, welche zu jenem „Verbrechen“ gerathen haben. Der Goniec benimmt sich gerade so, als ob er selbst die Abgeordneten ausgewählt hätte.

Auch unsere Stimmzettel haben indessen etwas bedeutet! Es möge uns daher auch gestattet sein, jene Handlungsweise nach eigenem Dafürhalten zu schätzen. Ich lobe nicht die Geringschätzung und das Sicherniedrigen, sondern die Umsicht und Klugheit. Jener Schritt unserer Abgeordneten war bei uns, d. h., wie ich glaube, bei der Mehrheit der Wähler verständig. Bismarck wandte alle Mittel gegen die Polen an, und nichts würde ihm so viel Freude bereitet haben, als irgend eine Miene von Seiten der Polen, einen Aufstand oder etwas Aehnliches zu unternehmen. Denn er hätte dann eine Gelegenheit gehabt, sich mit der ganzen Kraft seiner Uebermacht auf den Wehrlosen zu stürzen, um sie gänzlich auszurotten. Und nichts hat ihn unzweifelhaft so geärgert, als jene Ruhe und jene Geduld der Polen. Später zur Zeit Caprivi's fing die Regierung an, mit den Polen anders zu verfahren. Deshalb ergriffen die Polen auch mit beiden Händen die ihnen gereichte Hand der Eintracht und Versöhnung. War das ein „Verbrechen“? Nein, das war Klugheit, Ueberlegtheit und ein Beweis politischer Reife. Hieraus entsprang für uns nicht „Hohn“ und Schande — sondern ein moralischer Sieg — zunächst über Bismarck selbst, der unaufhörlich in die Welt hinausposaunte, daß die Polen

Revolutionäre seien und nach irgend einem Vorwande suchte, um seine Behauptung zu beweisen, welchen er jedoch zu seinem großen Aerger nicht finden konnte, weil die Polen bei einem einigermaßen milderen Auftreten der preussischen Regierung zeigten, daß sie uneingedenk allen Unrechts und aller Verletzungen, nichts mehr erstrebten, als Frieden und Eintracht — dann aber war es ein moralischer Sieg über die Regierung selbst. Die Regierung hat jetzt den Polen nichts vorzuwerfen, wohl aber die Polen der Regierung so Manches!

Weiter werden die Polen auch die Worte des Kaisers „Ich werde dies den Polen nie vergessen“ der Regierung vielleicht öfterer in Erinnerung bringen können. Unsere Abgeordnete wußten sehr wohl, was sie thaten, und sie sind gut und klug aufgetreten. Möge der Goniec lieber einmal in die heilige Schrift hineinklicken, und er wird sich davon überzeugen, daß die größten Patrioten des auserwählten Volks der Hofspartei angehörten und „Versöhnungspolitik“ trieben. Gehörte Moses nicht der Hofspartei an, welcher über 40 Jahre am Hofe des Königs Pharao weilte? Gehörte dieser nicht Daniel am Hofe Nebukadnezars an, und zwar zu nicht geringem Nutzen seiner Mitssklaven? War die Königin Esther nicht Anhängerin der Hofspartei bei dem Könige Ahasverus? Man sieht hieraus, daß der Hof- und Versöhnungspartei die besten und edelsten Patrioten angehörten. Aber vielleicht nennt der Goniec auch diese Leute „Verbrecher“. — Man muß also nicht Alles nur von seinem eigenen Standpunkte aus betrachten, sondern man muß auch anderen Leuten ein Urtheil zuerkennen. Der Goniec kann von seinem Standpunkt aus bedauern, daß nach seiner Ansicht unsere Abgeordneten einen Fehler begangen haben, er kann aber die Handlungsweise, welcher die edelsten Absichten zu Grunde lagen, niemals ein „Verbrechen“ nennen.

Soviel wollte ich dem Goniec sagen, um ihm bei dieser Gelegenheit gleichzeitig das unvergeßliche Wort des Papstes Pius IX. ins Gedächtniß zu rufen. Pius IX. zählte zu den Hauptgebrechen und Fehlern des 19. Jahrhunderts auch den Umstand, daß man öfters den einzelnen Dingen nicht den richtigen Namen giebt. Was ein Fehler nach meiner Ansicht ist, das darf ich noch nicht als „Verbrechen“ bezeichnen. Möchten sich der „Goniec“ und andere von unseren Zeitungen jenes Wort von Pius IX. merken, damit ihnen der Vorwurf der Uebertreibung nicht gemacht werden kann.

Franek Ruba.

Aus Nr. 218 der Gazeta Toruńska  
vom 23. September 1898:

### Der polnische Handel und das polnische Gewerbe

entwickeln sich auf preussischem Gebiet nicht so, wie es sein müßte und wie es hofatistische Blätter, um die Deutschen mit der Polonisierung zu schrecken, darstellen. Nach dem Kurjer handlowo-przemyslowy befinden sich im J. Saworski'schen Adreßbuch, welches das einzige statistische Material betreffend Handel und Industrie der Polen bietet, ungefähr 10 000 polnische Firmen größerer und kleinerer Industrieller und Kaufleute. Man kann annehmen, daß es noch ebensoviel polnische Firmen giebt, die nicht in das Adreßbuch eingetragen worden sind. Das wären demnach insgesamt 20 000 Firmen, darunter giebt

es nur einige wenige größere. Die übrigen gehören Kleinindustriellen, deren Jahreseinnahme durchschnittlich auf 1500 Mk. zu schätzen ist. Berücksichtigt man die größeren Firmen, so kann man die durchschnittliche Jahreseinnahme auf 2000 Mk. veranschlagen, höher wohl kaum, da die ungeheure Zahl der Tischler, Schuhmacher, Schneider, Bäcker u. s. w. kaum 100—120 Mk. monatlich verdient. Nimmt man den Jahresdurchschnitt mit 2000 Mk. an, so erhält man die Summe von 40 Millionen Mark, die annähernd die Jahreseinnahme von 20 000 Familien ausmachen, welche sich beruflich in unserem Handel und unserer Industrie beschäftigen. Vierzig Millionen sind eine Summe, die, als vierprozentige Zinsen betrachtet, ein Kapital in Höhe von einer Milliarde darstellen. Soviel sind also der polnische Handel und die polnische Industrie im preussischen Landestheil werth. Es ist das keine große Zahl, wenn man sie zu den bezüglichen Ziffern anderer Länder und Provinzen in Vergleich stellt. Der Werth der Produktion in der Großindustrie des Königreichs Polen wurde pro 1890 auf 330 Millionen Rubel (660 Millionen Mark) geschätzt. Rechnet man nur die Hälfte dieser Summe dem Kleinhandel und der Kleinindustrie zu Gute, so würde man die Summe von 2 Milliarden Jahreseinnahme erhalten. Der Werth betrüge also 25 Milliarden Mark, d. i. 25 mal mehr als derjenige der Industrie und des Handels im preussischen Landestheil.

In Preußen betrug nach J. Sotber die Einnahme ums Jahr 1890 ungefähr 10 Milliarden, wovon die Hälfte auf Handel und Industrie entfiel. Das bedeutet, daß Handel und Industrie in Preußen 10 mal umfangreicher wären als im Königreich Polen und 250 mal umfangreicher als die polnische Industrie im Bereich Preußens. Daß man auch bei uns daran denkt, größere Unternehmungen zu schaffen, beweist der Beschluß des Posener Industrievereins. Letzterer hat nämlich in seiner Generalversammlung vom 11. September 1898 die Nothwendigkeit der Begründung einer Aktiengesellschaft zwecks Tuchfabrikation für das Großherzogthum anerkannt.

Aus Nr. 114 der Gazeta Gdańska  
vom 24. September 1898:

### Der Berenter Kriegerverein

ist aus dem Turski'schen in das Rittmann'sche Lokal übergesiedelt, und zwar angeblich aus dem Grunde, weil der polnische Industrieverein sein Sommervergnügen veranstaltet habe, als Bismarck gestorben war. Die Verehrer Bismarcks soll auch das Feuerwerk verdrossen haben, das bei diesem Vergnügen abgebrannt worden ist. Dem Kriegerverein gehören acht von unseren Landsleuten an. Wir sind neugierig, wie lange sie noch dabei bleiben werden! . . .

Aus Nr. 114 der Gazeta Gdańska  
vom 24. September 1898:

### Ueber die letzte Sitzung des polnischen Volksvereins in Neumark a. Dr.

berichtet die Gazeta Gdańska u. A. Folgendes:

„Nach Absingung des Liedes „Nie opuszcza nas“ (Verlaß uns nicht) verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Sitzung, und sodann nahm der

Herr Vorsitzende das Wort, um zunächst die Mitglieder über den allgemeinen Stand der Politik zu belehren, wobei er zum Abonniren unserer Zeitungen anregte und verschiedene Weisungen bezüglich der bevorstehenden Landtagswahlen gab. Es wurde gemeinsam das Lied „Polak nie sluga“ (Der Pole ist kein Diener) gesungen, und ein junges Vereinsmitglied deklamirte das Gedicht „Zdrajca ojezyzny“ (Der Verräther des Vaterlandes) mit einem Feuer, welches von Verständniß der Sache zeugte. Daran knüpfte einer der Gäste eine kurze, aber treffende Ansprache, worin er schlagend darthat, daß man mit einem ähnlichen Namen „Verräther der polnischen Sache“ den gleichgiltigen, kaltherzigen Sohn der Mutter Polen belegen könne, der den nationalen Angelegenheiten keine Beachtung schenkt, dagegen deutschen Vereinen angehört und dazu behilflich ist, um gegen die eigenen Brüder Waffen zu schmieden. Wie konnte man hier schweigen, da gerade in diesem Augenblick eine ganze Schaar deutscher Radsfahrer unter den Fenstern des Vereinslokals vorüber zum „Wiesenfest“ jagte und unter ihnen die wahrhaftigen Sokolgestalten einiger polnischer Söhne. Der Vater berathschlägt über die polnische Sache, der Sohn jagt zum Wiesenfest, — ein trauriger Anblick!“

Aus Nr. 113 der Gazeta Grudziądzka  
vom 22. September 1898:

#### Schweh.

Vor Kurzem erhielten wir aus Schweh eine in schlechtem Deutsch geschriebene Erklärung aus Schweh von einem gewissen Herrn Drzechowski, in welchem dieser behauptet, daß er zu der Schweher Ortsgruppe des H.-K.-L.-Vereins nicht gehöre, und worin er gleichzeitig zwei andere Schweher Kaufleute namhaft macht, welche Mitglieder der Ortsgruppe wären. Diese Erklärung waren wir nach den gesetzlichen Vorschriften zu veröffentlichen gezwungen, in der Annahme, daß außer den Herren Drzechowskis, welche Polen sind, dort auch ein Deutscher dieses Namens existire. Jetzt erfahren wir, daß dieses Schreiben offenbar von einem niedrig gesinnten Schweher Polenfreßer gefälscht worden ist, welcher auf die Weise Herrn Drzechowski in den Augen der Polen herabsetzen und dazu noch in einen Prozeß mit jenen beiden Kaufleuten verwickeln wolle, welche er als H.-K.-L.-Tisten bezeichnete. Dies gelang indessen nicht, denn die Namen jener beiden Kaufleute wurden von uns nicht bekannt gemacht. Herr Drzechowski brauchte den Widerruf garnicht zu erlassen, denn Niemand hat ihn jemals wegen etwas Aehnlichem beschuldigen können. Wie wir sehen, treffen unsere Feinde betreffs der Mittel im Kampfe gegen uns schon keinerlei Wahl mehr, wenn sie den Polen nur schaden können.

Aus Nr. 114 der Gazeta Gdańska  
vom 10. September 1898:

Unter der Aufschrift

#### „Gespannte Verhältnisse“

knüpft die Gazeta Gdańska an eine Karthäuser Korrespondenz der Danziger Zeitung, worin über Konflikte zwischen Lehrern und Bürgern berichtet war, folgende Bemerkung:

„Angenommen, daß die Hauptschuld auf die genannten Väter fallen sollte, so muß doch etwas

den Anlaß zu dem Haß gegen den Lehrer gegeben haben, der doch von seiner Behörde dazu angestellt worden ist, daß er gemeinsam mit den Eltern über die moralische Erziehung der Jugend wache. Sollten aber die Verhältnisse zwischen den Eltern und jenem Lehrer so gespannt sein, daß es eines schönen Tages zur Revolververschießerei kommen könnte, welchen Einfluß wird das dann auf die jugendlichen Gemüther der Kinder haben. Man könnte doch noch lindere Mittel ausfindig machen, um dem Uebel vorzubeugen, als sogleich nach dem Revolver zu rufen.

Eine Zuschrift, die wir erhalten haben, lautet wie folgt:

Neudorf, Kreis Karthaus, im September.

Schon vor drei Wochen habe ich von dem Schaden berichtet, den man dem Ortslehrer dadurch zugefügt hat, daß man ihm alles unreife Kraut ausriß. Jetzt am Freitag hat man ihm in seiner Wohnung eine große Scheibe eingeschlagen. Diese nichts-würdigen, von den Gegnern des Lehrers verübten Streiche sind wohl dem Umstande zu schreiben, daß zwischen vielen Gemeindemitgliedern und dem Lehrer die unerträglichsten Verhältnisse herrschen, und zwar aus Anlaß verschiedener Prozesse, deren Anstrengung der Lehrer veranlaßt haben soll. Es wäre angeichts dessen zu wünschen, daß diese Reibereien sobald als möglich aufhörten und ein friedliches Zusammenleben zwischen Gemeinde und Lehrer wieder einkehre, wie es zu den Zeiten des vorigen Lehrers zu verzeichnen gewesen ist.

Wir verkennen keineswegs, wie schwierig die Lage der Lehrer in den heutigen Zeiten ist, um so sorglicher müßte daher die Wahl bei Besetzung derartiger Stellen sein. Gerade in solchen Fällen, wie die obigen, würde eine Besetzung im Interesse des Dienstes schneller und erfolgreicher wirken; dann würden sich auch die Gemüther beruhigen, und der Lehrer würde nicht nöthig haben, einen Revolver bei sich zu tragen.

Aus Nr. 220 der Gazeta Toruńska  
vom 25. September 1898:

#### Ein alter polnischer Bauer

aus der Gegend von Löbau schildert in der Gazeta Toruńska die Eindrücke, welche er auf der Reise nach Gr. Lend empfangen habe, wohin er sich begab, um im dortigen Pfarramt seinen Taufschein einzufordern. Unterwegs an dem Kreuzwege, der nach Koźcelewo abzweigt, habe er einen evangelischen Masuren getroffen und auf den Wagen genommen. In obiger Nummer der Gazeta Toruńska erzählt der Bauer, wie er jenem Masuren geschildert habe, „auf welche Weise Westpreußen den alten katholischen Glauben brach.“

„Als Martin Luther auftrat, herrschte in Westpreußen unter der Oberhoheit des polnischen Königs der Ordensmeister Albrecht von Brandenburg, der die lutherische Lehre annahm, den Orden kassirte, den Titel eines preussischen Herzogs sich aneignete und mit Hilfe von Abtrünnigen, des Bischofs von Samland Georg Polenz in Königsberg und des erwählten Bischofs von Pommern Erhard von Queiß im Jahre 1526 mit Gewalt den lutherischen Glauben einführte. Martin Luther hatte sich verheirathet, mithin that dies auch Albrecht, obgleich er geschworen hatte, daß er unbeweiht bleiben werde, und auch die Bischöfe Polenz und Queiß verheiratheten sich, denn so gebot es ihnen angeblich das „reine“ Evangelium.“

Bei dieser Gelegenheit will ich Dir, mein Freund, Vorkommnisse aus unseren Zeiten erzählen. Zu einem gewissen österreichischen Erzherzog, dem es ganz gleich ist, welcher Glaube herrscht und der in seinen Gütern die Pröpste präsentiert, kam einstmal ein junger katholischer Priester und bat den Erzherzog um die Präsente für eine lutherische Pfarre; denn er könne es, wie er sagte, in der katholischen Kirche nicht mehr länger aushalten, da es seine heiligste Ueberzeugung sei, daß der katholische Glaube der falsche, der lutherische Glaube dagegen der wahre sei. Kurz darauf war der Bischof, der Vorgesetzte jenes Priesters in einer gewissen Angelegenheit bei dem Erzherzoge. Letzterer erzählte dem Bischofe, es sei der und der katholische Kaplan bei ihm gewesen, und habe ihn um die Präsente für eine lutherische Propstei gebeten, da seine heiligste Ueberzeugung sei, daß der lutherische Glaube der wahre sei. Ernst fügte der Erzherzog hinzu: „Mir scheint, daß seine heiligste Ueberzeugung nicht im Kopfe, sondern . . . steckt; er will heirathen.“ Weshalb haben Martin Luther, Albrecht von Brandenburg, Bischof Georg Polen und Bischof Erhard v. Queiß den Katholizismus verworfen? Weil ihre Ueberzeugung im . . . steckte, sie wollten heirathen, und zugleich wünschten sie die Kirchengüter in ihren Privatbesitz zu bringen. Heirathen ist — das weiß ich wohl — gut und keine Sünde für denjenigen, der keine Gelöbniße abgelegt und sich nicht zum Eölibat verpflichtet hat. Doch sagt der hl. Paulus, es sei besser, nicht zu heirathen, er empfiehlt also die Ehelosigkeit und das jungfräuliche Leben. Verstehen kann ich es aber nicht, weshalb die weltlichen Regierungen den Pastoren deshalb, weil diese Frauen und Kinder haben, höhere Gehälter geben, als den katholischen Pfarrern, und weshalb den Pastoren das Heirathen als Verdienst angerechnet wird. Ein Verdienst ist das ganz gewiß nicht; dagegen lassen sich solche Verheirathete aus Besorgniß um den Unterhalt ihrer Familie gern von der Regierung am Gängelbände führen. So sind also Albrecht, der Ordensmeister und die Bischöfe Protestanten geworden; ihnen folgte der Adel und die Geistlichkeit, und das unaufgeklärte masurische Volk wurde so betrogen, daß es selbst nicht weiß, wie es vom katholischen Glauben abgefallen ist. Wer aber den katholischen Glauben nicht brechen wollte, der wurde durch ein Dekret des Herzogs vom Jahre 1526 des Landes verwiesen oder ins Gefängniß geworfen oder mit dem Schwerte des Henkers bedroht. So haben Eure Vorfahren, lieber Freund, eine Sünde begangen, eine sehr große, denn sie haben den katholischen Glauben gebrochen. Sie haben sich aber damals noch nicht Evangelische, sondern Lutheraner und Protestanten genannt; die evangelische Kirche schuf erst König Friedrich Wilhelm III., indem er im Jahre 1817 ein Dekret erließ, daß Lutheraner und Calvinisten oder Reformirte eine Kirche unter dem Namen „evangelische“ bilden sollen, was nicht Allen gefiel. Darum scheiden aus der evangelischen Kirche verschiedene Sekten aus, und es entsteht bei Euch eine immer größere Verwirrung in den kirchlichen Verhältnissen.

Sehr schade, daß der polnische König Sigmund I. und die Polen diese Häresie des ersten preussischen Herzogs Albrecht geduldet und damit eine Geißel für unsren Rücken gedreht haben. Albrecht wurde wahnsinnig und starb im Jahre 1567 mit der Klage, daß er lieber Schäfer als Herzog sein möchte. Sein Sohn Albrecht Friedrich litt an Melancholie, malte Figuren in ein großes Buch und starb kinderlos im Jahre 1618. Den Herzogthron erbte der Kurfürst von Brandenburg, und daraus entstand das Königreich Preußen und das deutsche Kaiserreich.

Euch Masuren haben die Deutschen den katholischen Glauben genommen, und jetzt ziehen sie gegen Eure Sprache los, und uns Polen und Katholiken droht Beides. Wir können also klagen: „Unsre Väter haben gesündigt und sie sind nicht mehr da, und wir tragen Unrecht!“ Mir scheint, mein Freund, daß die Schuld unsrer Vorfäter nicht eher getilgt sein wird, als bis die Masuren den deutschen, lutherischen Glauben verwerfen. Wann das eintreten wird, weiß der heiligste Gott; doch es wird gewiß kommen, da einst „eine Heerde und ein Hirte sein wird“ und dieser eine Hirte ist nur in der katholischen Kirche.“

Aus Nr. 218 des Dziennik Śląski  
vom 23. September 1898:

### Verschiedenes Maas.

Auf den Trümmern des Kongresses polnischer Aerzte und Naturforscher hielt in Posen vom 11. bis 14. d. Mts. der deutsche Juristentag seine Beratungen ab. Der Dziennik Śląski hat zwar schon manche Einzelheiten jenen Kongreß betreffend gebracht, es wird indessen nicht ohne Interesse sein, wenn wir diese Angelegenheit noch einmal wieder, holen und sie im Lichte der im Großherzogthum herrschenden politischen Zustände darstellen.

Wie zum Spott wählten sich die deutschen Juristen als Verhandlungsort die Stadt aus, wo sich das Gerechtigkeitsgefühl — wir wollen uns gelinde ausdrücken — in so geringem Maasstabe gezeigt hat. Mit Betrübnis erfüllt einen der Umstand, daß sogar diejenigen Kreise, welche auf der Wacht für die berechtigten Bedürfnisse und Forderungen des Volks stehen müßten, sich ohne Rücksicht auf ihre Nationalität als germanisatorische Werkzeuge gebrauchen ließen. Als sich die Nachricht verbreitete, daß die Regierung den Kongreß der polnischen Aerzte in Posen verboten habe, da nahm wohl dieser oder jener sicher an, daß die deutschen Juristen sich aus Feingefühl einen anderen Versammlungsort auswählen werden. Es ist indessen völlig offen bekannt gegeben worden, daß für die Wahl Posens von vornherein Sorge getragen war, um das Deutschthum in den östlichen Grenzgebieten zum Ansehen zu bringen. Derartige Hervorhebungen kamen dann im Verlaufe der Zusammenkunft mehrere vor.

Die deutschen Blätter der verschiedenen Schattierungen brachten in ihren Korrespondenzen aus Posen eine ganze Reihe interessanter Mittheilungen über diese Zusammenkunft, auf welche wir unsere Ausführungen auch hauptsächlich stützen.

Aus jenen verbreiteten Mittheilungen ging hauptsächlich hervor, daß im Großherzogthum Posen ein doppelter Unterschied zwischen Deutschen und Polen gemacht worden ist. Z. B. wurde der polnische Aerzte- und Naturforscherkongreß in Posen verboten, und dieses Verbot wurde damit begründet, daß unter dem Deckmantel der Wissenschaft eine politische Demonstration vorbereitet werde. Der Aerztevorstand legte gegen diese unbillige und der Wahrheit nicht entsprechende Auslegung der Zwecke des Kongresses Protest ein, jedoch vergeblich; der Minister von der Recke wich von seinem einmal angeordneten Verbot nicht mehr zurück. Noch nicht ganz paar Monate darauf blickte man von einem ganz anderen Standpunkte auf den Kongreß der deutschen Juristen, wohl untrüglich deshalb, weil es sich darum handelte, aus dem deutschen Juristentage für die deutsche Idee Nutzen zu ziehen. Obgleich daher die Regierung unzweifelhaft annahm, daß es auf dem deutschen Juristentage ohne politische Demonstrationen nicht abgehen

werde, hat sie dennoch Alles gethan, was in ihren Kräften stand, um die Zusammenkunft zu verherrlichen. Die Polen also erhielten ein Verbot, obgleich sie auf Ehrenwort versicherten, nicht zu demonstrieren, die Deutschen dagegen erhielten die Erlaubniß, obgleich Niemand daran zweifelte, daß die Versammlungen in politische Bahnen abweichen werden.

Der deutsche Juristentag hatte von Anfang an einen politischen Anstrich. Der den Kongreß amtlich eröffnende Oberbürgermeister von Posen erklärte, er kenne die Mittel genau, mit welchen man die deutsche Kultur im Osten Preußens zu fördern beabsichtige. Die maßgebenden Kreise wollten zu den Zeiten Friedrich des Großen zurückkehren, welche einzig und allein Erfolge verhießen und zwar zur Kräftigung der preussischen Staatsidee, zur Verbreitung von Aufklärung, zur Versöhnlichkeit im Auftreten, zur Heranziehung von Volksträften aus den westlichen Provinzen.

Die „Versöhnlichkeit“ der preussischen Politik aus den Zeiten Friedrichs des Großen ist bekannt. Wenn die Regierung zu diesen Grundsätzen zurückkehren sollte, dann wird ihr die neue Stellung in dem sozialen Leben Posens, welche nach der Ansicht des Oberbürgermeisters mit dem Juristentage beginnt, sicherlich keine reichen Früchte bringen.

Die Anschauungen des ersten Vertreters der Stadt Posen fanden offenbar bei den Theilnehmern des Juristentages Anklang. In ebendenselben germanisatorischen Geiste, wenn auch einigermaßen in Verschleierungen sprach Professor Brunner aus Berlin. „Freuen wir uns“, so sagte er, „daß wir Posen als Versammlungsort gewählt haben, weil diese Stadt gegenwärtig im Stadium eines großen Aufschwungs steht, welcher sich noch viele Jahre hindurch kräftigen wird. Wir wissen Alle, daß Posen nicht nur eine Festung ersten Ranges, sondern auch gleichzeitig eine preussische ist, die ihrem Könige treu, voll von deutschem bürgerlichen Bewußtsein, einer der Hauptkampfpunkte des geistigen Lebens und ein Bollwerk der „kulturellen Thätigkeit“ ist.“

Die Krone indessen, welche das von dem Herrn Oberbürgermeister so prächtig begonnene Werk schmückte, war der von allen Festtheilnehmern angenommene Vorschlag, an die Familie Bismarck ein Telegramm mit dem Ausdruck des Mitgefühls zu entsenden. Das ist eine sehr beredte That und ein sehr beredtes Zeichen, zumal, wenn man erwägt, daß es von Posen ausging.

Den Herren Juristen war es nicht fremd, daß ihre Zusammenkunft der durch die abschlägige Antwort des Ministers von der Recke gereizten polnischen Bevölkerung ein Dorn im Auge sein mußte. Einer von diesen Herren bekennt in einem gewissen deutschen Blatt sehr deutlich, daß man Demonstrationen, welche sich gegen den Juristentag wenden würden, befürchtet habe. „Diese Befürchtungen indessen, so schreibt jener Korrespondent, haben sich nicht erfüllt.“

Die polnischen Juristen haben sich zum Theil an jener Zusammenkunft betheiligt, obgleich sie an den Beratungen nicht theilgenommen haben, und unter den Mitgliedern des Diskomitees figuriren die Namen der polnischen Abgeordneten von Dziembowski und Motty.

So also haben einige Herren die Wissenschaft und den ihr geweihten Juristentag zu germanisatorischen Zwecken benutzt, welche ebenso gut sind, wie der Hundertmillionenfonds, oder die neuesten Anordnungen und Absichten der Minister.

Aus Nr. 113 des Katolik  
vom 24. September 1898:

### Betrifft die Landtagswahlen.

In den obererschlesischen Kreisen haben Beratungen in Wahlangelegenheiten, namentlich in Betreff der Kandidaten bereits begonnen. Die Gegner des Zentrums geben genau auf Alles acht, was im Zentrumslager vor sich geht. Besondere Aufmerksamkeit wird darauf gerichtet, ob die polnischen Zentrums-wähler mit den deutschen sich bezüglich der Wahlen verständigen. Wir können wohl sagen, daß sie jehtsüchtig auf Uneinigkeit warten, denn nur im Falle der Uneinigkeit können sie die geringe Hoffnung haben, etwas zu erreichen. Die der Zentrums-partei feindlichen Blätter registriren fleißig Alles, was auf die Wahlen Bezug hat und heben namentlich das hervor, was die deutschen Katholiken mit den polnischen veruneinigen kann. Wenn wir sie lesen, müssen wir sogar sagen, daß sie darauf ausgehen, die deutschen Katholiken gegen die polnischen zu reizen. Wir können uns leider nicht verhehlen, daß sich ein Theil der Deutschkatholiken gegen ihre polnischen Glaubensgenossen hat aufwiegeln lassen, indem er die Dienste vergaß, welche das polnisch-katholische Volk den Deutschkatholiken erwiesen und auch den Umstand außer Acht ließ, daß die Deutschkatholiken ihr Ansehen verlieren werden, sobald sie das Bündniß mit dem polnischen Volke brechen, denn sie selbst sind zu schwach, um sich den Einflüssen der Zentrumsgegner zu widersetzen.

Im Interesse der katholischen Sache ist Einigkeit zwischen den polnischen und den deutschen Zentrums-wählern durchaus erforderlich. Der Katolik und sämtliche in Oberschlesien erscheinenden polnischen Blätter haben den ehrlichen Willen, zur Einigkeit beizutragen, dieselbe zu fördern und die Uneinigkeit zu meiden. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn auf Seiten der deutschen Zentrums-wähler der gleiche Wille und das gleiche Bestreben vorhanden sein wird. Wir haben leider kein Vertrauen mehr zu allen deutschen Zentrums-wählern. Die Reichstagswahlen haben viele solche Deutschkatholiken an's Tageslicht gefördert, die durch ihren Haß den Polen gegenüber sich in nichts von den früheren und alten Gegnern alles dessen, was polnisch und katholisch ist, unterscheiden. Es handelt sich jedoch darum, daß nicht einflußreiche und hervorragende Persönlichkeiten aus den Reihen der Deutschkatholiken die Einigkeit stören und indirekt für die Gegner des katholischen Glaubens und der Zentrums-partei arbeiten, wie dies gelegentlich der Reichstagswahlen im Oppelner Wahlbezirke geschehen ist. Wir müssen von ihnen verlangen, daß sie durch ihr Verhalten dem Volke kein Aergerniß geben und die so mühsam zu Stande gebrachte Einigkeit nicht stören. Thun sie dies nicht, dann werden die Wahlen günstig ausfallen, das Zentrum wird den Sieg davontragen und den Gegnern der Zentrums-partei wird nicht das gelingen, was sie anstrebten und auf was sie warten.

Im Kreise Oppeln hielt bereits das Wahlkomitee, unter dem Vorsitz des Herrn Defans Jdralka-Groschowitz, eine Sitzung ab. Das Verhältniß der polnischen zu den deutschen Katholiken erheischt dort wegen des scharfen Zerwürfnisses bei den letzten Reichstagswahlen einer Besserung und deshalb ist es recht gut, daß man dort so zeitig an's Werk gegangen ist. Damit Niemand sagen könne, im Komitee seien nicht die Vertreter aller Stände und beider Nationalitäten in genügender Anzahl vorhanden, empfahl der Herr Vorsitzende noch folgende Personen in das Komitee aufzunehmen: den Herrn Defan Scholz-Chrapkowitz, Defan Lipinski Chrosniz, Pfarrer Rubis-Oppeln, Fabrikdirektor von Prondzynski-Groschowitz und den Rechnungsrath Seidel-Oppeln. Von anderen Komiteemitgliedern wurden zur Aufnahme in das Komitee

empfohlen: Pfarrer Sauer-Ligota Turaw., Kaufmann Cyronowski-Opeln, Wötkhermeister Rikmann-Proskau, Gastwirth Vinzent Wodarz-Falkowit., Eigenthümer Fr. Dronz-Budkowit. und Pfarrer Lufowicz-Czarnowons. Nach 14 Tagen findet eine Sitzung zwecks Aufstellung der Kandidaten statt. Beide bisherige Abgeordnete, die Herren Major Szmul und Rath Radbysl erklärten ihre Bereitwilligkeit zur weiteren Annahme eines Abgeordnetenmandats.

Im Kreise Ratibor fielen bekanntlich vor fünf Jahren die Zentrumskandidaten durch und die Kandidaten der Freisinnigen trugen den Sieg davon. Die Ursache dieser Niederlage war die Zwietracht zwischen den polnischen und den deutschen Katholiken. Die Ehre der Katholiken jenes Kreises erfordert es, daß diesmal nicht die Gegner der Zentrumsparthei bei der Wahl durchkommen. Für die Polen ist außerdem noch der Grund vorhanden, daß die Freikonservativen die größten Gegner der polnischen Sache sind und einer der Ratiborer Abgeordneten, Herr Segeth, öffentlich im Abgeordnetenhaus gegen die berechtigten Forderungen des polnischen Volkes in Schlesien auftrat. Die beiden Freikonservativen müssen die Ratiborer Mandate einbüßen. Das Zentrumsomitee hat als Kandidaten aufgestellt: den Dekan Stanke in Gultschin und den Schulzen Galda in Bienkowit.

Die Oberschlesische Volkszeitung theilt mit, daß einige Deutschkatholiken sich dem Komiteebeschlusse nicht fügen, sondern eine Versammlung einberufen wollen, um gegen die Komiteekandidaten Widerspruch zu erheben. Ueberdies würden, wie gesagt werde, die Katholiken mit den Konservativen ein Kompromiß eingehen, damit nur ja nicht die Komiteekandidaten durchkommen. Dies ist Wasser auf die Mühle aller Gegner der Zentrumsparthei. Wenn unter den Katholiken keine Einigkeit herrschen wird, werden die Konservativen wiederum siegen und wieder wird, wie vor fünf Jahren, von der „Ratiborer Schande“ gesprochen und geschrieben werden.

Aus Nr. 221 des Dziennik Slaski  
vom 27. September 1898:

Was ärgert die Deutschen eigentlich und was ärgert sie nicht? Die Antwort hierauf ist nicht schwer: Es ärgert sie der polnische Geist, die polnische Sprache, die polnische Kleidung und die polnische Anhänglichkeit an den heiligen Glauben. Wie sehr sich die Deutschen über die polnische Sprache ärgern, dafür dient ein Zwischenfall als Beweis, der sich an einem Abend in Deuthen einigen von einer Sitzung heimkehrenden Polen ereignet. Wie es nicht anders sein konnte, sprachen die Polen miteinander polnisch. Dies ärgerte einige hinter ihnen gehende Deutsche, welche halblaut, aber verständlich genug schrien: „Hier ist Deutschland, hier muß deutsch gesprochen werden!“ Um keine Straßenszene hervorzurufen, aus der gegebenenfalls ein großes politisches Abenteuer gemacht worden wäre, schenkten die Polen den „sich ärgern den Deutschen“ keinerlei Beachtung. Welche Bezeichnung verdient in den Augen des Gerechtbedenkenden ein solches Auftreten der Deutschen?

### Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 221 des Dziennik Berliński  
vom 25. September 1898:

#### Eine Mickiewiczfeier

wurde in Hamburg infolge der Bemühungen der hiesigen polnischen Vereine am Sonntag, den

11. d. Mts. abgehalten. In dem prächtig mit künstlerisch in den Nationalfarben ausgeführten Inschriften: „Heil Adam Mickiewicz“ decorirten Saale versammelten sich gegen 400 Personen zur Feier des 100. Jahrestages der Geburt des großen Dichters unserer Nation. Die Feier eröffnete der Vorsitzende des Vereins „Kłosy“ (Mehren), Herr W., und begrüßte im Namen des Komitees in einer kurzen aber inhaltreichen Ansprache die versammelten Landsleute, sowie die zahlreichen Vertreter der hiesigen tschechischen Kolonie; hierauf wurde gemeinschaftlich das Lied: „Boze coś Polsko“ stehend gesungen. Demnächst wurde ein lebendes Bild: „Die Apotheose Mickiewicz“ gestellt. Im weiteren Verlaufe des Festes hielt Herr Sz. eine sorgsam ausgearbeitete Vorlesung über Adam Mickiewicz. Der verehrte Referent hat es verstanden, das allgemeine Interesse zu wecken, sodaß ihm mit stürmischem Applaus gedankt wurde. Programmäßig wurde nun das Lied: „Brüder, der Jahrestag“ gesungen und hierauf das Theaterstück: „Beim Abendbrot“ zur allgemeinen Zufriedenheit gegeben; es folgte eine von Fräulein S. mit Gefühl vorgetragene Deklamation, worauf das Lied: „Z dymem pożarów“ gesungen wurde. Die lebenden Bilder: „Thaddäus' Begegnung mit Sofie“, „Die Polonaise“, „Die polnische Solidarität“, und hauptsächlich das letztere, haben allgemeinen Enthusiasmus hervorgerufen, sodaß als Schluß das Lied der Dombrowskischen Legion von Allen mit begeistertem Schwung stehend gesungen worden ist. Nach erschöpftem Programm erfreuten uns unsere tschechischen Freunde durch den Gesang: „Kde domow moj“ und „Hej Slowane“ (tschechische Nationallieder), und polnische Kinder trugen nationale Deklamationen und Lieder vor. Mit wahrer Freude muß ich bemerken, daß bei Beginn der Festlichkeit eine allgemeine Harmonie unter den hiesigen polnischen Vereinen herrschte; deshalb ist auch das Fest, bei welchem alle Stände vertreten waren, in jeder Beziehung gelungen und konnte jeden befriedigen. — Mögen unsere Vereine sich auf feste Grundlagen stellen und mögen sie fernerhin den Weg wandeln, welcher zur Vaterlandsliebe und Volksaufklärung führt.

Zum Schluß muß ich noch anführen, daß die polnischen Vereine in Hamburg einen Vorbeerfranz mit der entsprechenden Widmung zu Händen des Industrie-Vereins in Posen mit der Bitte gesandt haben, denselben in ihrem Namen an den Stufen des Adam Mickiewicz-Denkmales in Posen niederzulegen. — Einem Bericht des Kurier Poznański vom 23. September zufolge haben an dem in Rede stehenden Feste die polnischen Vereine „Nadzieja“ (Hoffnung), „Kłosy“ (Mehren), „Zonczność“ (Zusammenhang) und „Towarzystwo Rzemioslników“ (Handwerker-Verein) theilgenommen.

Anmerkung. Bemerkenswerth ist bei diesem Feste die Verbrüderung zwischen Polen und Tschechen.  
Red. des Gesamtüberblicks.

Aus Nr. 221 des Oredownik  
vom 28. September 1898:

Düsseldorf, 26. September.

Von dem Gedanken beseelt, für die in den westlichen Grenzgebieten Deutschlands wohnenden Tausende polnischer Handwerker einen Mittelpunkt zu

bilben, haben wir am 18. Juli 1898 in Düsseldorf die Begründung des polnischen Vereins „Polonia“ veranlaßt.

Die zahlreiche Betheiligung der Landsleute und das lebhafte Interesse, welches dem neuen Vereine entgegengebracht wurde, sind der beste Beweis, wie groß seine Nothwendigkeit gewesen ist und gleichzeitig belebt dies in uns die Hoffnung seiner günstigen Entwicklung.

Durch Vorlesungen, wissenschaftliche Unterredungen und vor allen Dingen durch Verbreitung des polnischen gedruckten Wortes beabsichtigen wir unser Ziel, die Stärkung des Geistes und Vermehrung der Kenntniß der polnischen Sprache, welche durch den mangelhaften Gebrauch und den deutschen Einfluß geschwächt ist, zu erreichen.

Aus diesem Grunde sind wir auch zur Begründung einer Bibliothek geschritten.

Giedaszyński.      Paulin Gardzielewski, Präses.

Aus Nr. 114 des Wiarus Polski  
vom 24. September 1898:

Oberhausen.

Am Sonntag, den 11. September, feierte der hiesige Verein unter dem Schutze der heiligen Barbara das erste Jahresfest der Fahnenweihe. Die Feier wurde mit einem Kirchgange eingeleitet, an welchem einige Nachbarvereine, die mit ihren schönen Fahnen eingetroffen waren, theilgenommen haben. Der Pfarrer Lamberg hielt in der Kirche eine polnische Predigt. Pfarrer Lamberg war während zehn Monate in Gnesen, erlernte dort die polnische Sprache und hat jetzt die Seelsorge über die Polen in Oberhausen.

Bei unserm Vereinsvergnügen besuchten uns auch drei Geistliche des Ortes, unter ihnen der Pfarrer Lamberg, welcher die Landsleute in polnischer Sprache aufmunterte, recht zahlreich dem polnisch-katholischen Vereine beizutreten. Für seine schönen Worte haben wir unserm Pfarrer Lamberg recht herzlich gedankt.